

Positionen der FREIEN WÄHLER zu Europa und Euro

- **Für ein Europa der Bürger und Regionen,
gegen einen zentralistischen Superstaat!**
- **Für einen starken Euro für alle,
gegen Haftungsunion und Spaltung!**

Sehr geehrte Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

da so viele unterschiedliche „angebliche Aussagen und Standpunkte“ der FREIEN WÄHLER in den verschiedenen Medien kursieren, dürfen wir Ihnen die Positionen der FREIEN WÄHLER kurz vorstellen:

1. Wir sind für einen starken Euro, der so attraktiv sein muss, dass alle EU-Länder der Eurozone beitreten wollen. Die Spaltung Europas in die Eurozone der 17 und den Rest der EU müssen wir überwinden. Euro-Krisenländer müssen zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich zum Euro eine eigene Währung als Parallelwährung einführen können. Dadurch ist es wieder möglich, einen der Volkswirtschaft entsprechenden Wechselkurs anzuwenden. Bei Bedarf wird das System der Parallelwährung auf alle Euroländer ausgeweitet. Neu in die Eurozone beitretende Länder können parallel zum Euro die bisherige Währung beibehalten.

2. Wir sind Rettungsschirmgegner: Jedes Land haftet für seine Schulden selbst. Die Rettungsschirmsummen müssen sukzessiv zurückgefahren werden.

3. Wir sind gegen den ESM: Dortige Entscheidungen sind intransparent und unterliegen einem erheblichen Demokratiedefizit. Wir fordern seine Auflösung.

4. Wir sind für die Sicherung der Spareinlagen und den Erhalt nationaler Spareinlagensysteme: Eine Europäische Bankenunion lehnen wir ab.

5. Wir brauchen eine Reform des Lissabon-Vertrags, um die Führungsfrage in Europa zu lösen: Der Eurogruppen-Chef braucht demokratische Legitimation und soll durch die Europaparlamentarier der Eurozonen-Länder gewählt werden.

6. Wir wollen zurück zur Unabhängigkeit der EZB. Sie muss sich wieder einzig um die Geldwertstabilität kümmern und von politischer Einflussnahme der Nationalstaaten abgeschirmt werden.

7. Zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in einigen europäischen Ländern wollen wir die Rolle des IWF stärken. Staatsschulden von EU-Mitgliedsländern sind schließlich nicht nur ein Problem für die Eurozone oder die EU, sondern für die gesamte Staatengemeinschaft. Die Einführung eines schon größtenteils vergessenen „Staatsschulden Restrukturierungsmechanismus“ („Sovereign Debt Restructuring Mechanism“), wie er um die Jahrtausendwende vom IWF vorgeschlagen wurde, wollen wir vorantreiben. Pariser und Londoner Club sind bewährte Institutionen zur Entschuldung von Krisenländern und Krisenbanken.

8. Europa muss gemeinsam neue Denkansätze für den Weg aus der Krise entwickeln. Wir erachten es für notwendig, dass die Euro-Staaten eine Arbeitsgruppe mit benannten Experten aus ganz Europa nach Vorbild des Sachverständigenrats der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einrichten, die Szenarien und Machbarkeitsstudien für die Lösung der Krise erarbeitet. Damit kann erst eine wissenschaftlich geführte europäische Debatte angestoßen werden, um die Krise in Europa nachhaltig in den Griff zu bekommen.

Plädoyer für eine Reform der Europäischen Union

Europa darf nicht länger ein Elitenprojekt sein, sondern muss von seiner Basis getragen werden: Von den Bürgern in den Kommunen und Regionen. Doch rund 70 Prozent der Menschen beklagen, sie verstünden Europa nicht. Die politische Elite in Brüssel hat ein eklatantes Erklärungs- und Deutungsdefizit, das für den abnehmenden Zuspruch zu Europa bei den Bürgern verantwortlich ist. Wir wollen dieses schwerwiegende Problem mit gesundem Menschenverstand in Angriff nehmen und die kommende EU-Reform mit folgendem Drei-Punkte-Plan aktiv gestalten:

(1) Die Legitimationsfrage des Machtkomplexes in Brüssel klären:

Ein Europa der Bürger braucht eine starke Volksvertretung, die in alle wichtigen Entscheidungsprozesse miteinbezogen wird. Insbesondere muss die Mitsprache auf politische Schlüsselbereiche, wie Fragen über die gemeinsame Währung, die Bereiche des Euratom-Vertrags sowie die Beratung und Verhandlung über internationale Abkommen der EU ausgeweitet werden. Wir wollen ein Initiativrecht für das Europäische Parlament und einer angemessene

Repräsentation der Wähler. Europa braucht aber zugleich mehr direkte Demokratie: Die politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger müssen weiterentwickelt werden. Der Grundsatz der Subsidiarität muss künftig noch deutlicher Anwendung finden. Wir brauchen hierfür einen stärkeren Ausschuss der Regionen, den wir neben EU-Ministerrat und Europäischem Parlament zur gleichberechtigten dritten Kammer fortentwickeln wollen. Nur durch Mitsprache und Zustimmung der Gebietskörperschaften kann gewährleistet werden, dass europäische Politik von den Bürgern vor Ort akzeptiert wird. Zuständigkeiten der Europäischen Union müssen in diesem Zusammenhang künftig auch regelmäßig überprüft werden.

(2) Die Transparenzfrage klären: Entscheidungen der EU müssen für die Bürger nachvollziehbarer gemacht werden.

Es liegt dabei auch in der Verantwortung der nationalen Politiker, Gründe für eigenes politisches Versagen nicht auf Brüssel zu schieben, positive Entwicklungen der EU angemessen zu würdigen und den Bürgern mitzuteilen. Europäisches Recht muss vereinfacht werden, Politische Entscheidungen und Informationen der Europäischen Institutionen leicht abrufbar und durchwegs in allen Amtssprachen kommuniziert werden.

(3) Eine klare und berechenbare Führungsstruktur in Europa schaffen:

Das Machtverhältnis zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Kommissionspräsidenten, der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Euro-Gruppenchef und dem Ministerratspräsidenten bedarf einer Klärung und erfordert eine Reduzierung des Spitzenpersonals auf weniger, aber dafür handlungsfähigere Ämter. Ebenso muss die Kommission drastisch verkleinert werden. Die Einflussnahme des Europäischen Rates auf die unabhängig handelnde und nur den

Verträgen verpflichtete Kommission muss beendet werden.

Konkret heißt das:

- Die EU als Projekt der Bürger, nicht nur der "Eliten": Einen Konvent unter breitem Einbezug der europäischen Zivilgesellschaft muss Ideengeber für die nächste EU-Reform sein.
 - Bundesweite Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen zur Zukunft Europas, wie Vertragsänderungen.
 - Die Weiterentwicklung der Europäischen Bürgerinitiative, um künftig auch Volksentscheide auf europäischer Ebene zu ermöglichen.
 - Eine strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips auf allen Stufen des europäischen Mehrebenensystems sowie eine klarere Zuständigkeitsregelung für die EU, den Bund, die Länder, die Regionen und die Kommunen.
 - Ein Europa der Bürger und Regionen anstelle eines Superstaats.
 - Ein transparenteres Europa für mehr Bürgernähe und Akzeptanz.
 - Die Stärkung des Europäischen Parlaments, insbesondere durch Etablierung eines Initiativrechts für diese Kammer.
 - Die Verkleinerung des Europaparlaments auf 600 Sitze und die Auflösung des zweiten Sitzungsorts in Straßburg.
 - Eine weitere Aufwertung des Ausschusses der Regionen. Seine Einspruchsrechte in Subsidiaritätsfragen wollen wir stärken, seine Weiterentwicklung zur gleichberechtigten dritten Kammer neben Ministerrat und Europäischem Parlament vorantreiben.
- Die künftige Benennung und Wahl der EU-Kommissare durch das EU-Parlament gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen. Die Begrenzung der EU-Kommission auf 10 Mitglieder.
 - Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und damit des Vertrauens in das Handeln der Europäischen Zentralbank.
 - Einen starken und emanzipierten Bundestag, der seine Rechte, wie das Prüfungsrechts über die Frage, ob Brüssel oder nicht doch Bund und Länder bei Gesetzesvorhaben zuständig sind, angemessen wahrnimmt.

Quelle: Homepage Bundesvereinigung FREIE WÄHLER, Mitteilung vom 07.04.2013

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

gez. Manfred Petry
Landesvorsitzender

gez. Reinhold Niederprüm
Landesgeschäftsführer

PS. Besuchen Sie unsere
Internetseite „www.fwrlp.de“.